

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band III

Das Schicksal der Deutschen nach der "Befreiung" im Mai 1945

4 Jahre Sklavendasein + 71 Jahre Vasallenschaft

Band III/015

Die von den Siegermächten geschaffenen Besatzungsstrukturen BRD und DDR, Teil 3

Die Zöglinge der Frankfurter Schule: "68er Bewegung" und "Die Grünen"

Vertraue niemals einem Menschen, der schlecht über sein eigenes Land redet.

Rudyard Kipling (1865-1936, englischer Schriftsteller)

Im Jahre 1950 kehrten die deutschen Philosophen und Soziologen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung, um die planmäßige Umerziehung der Deutschen fortzusetzen. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die "68er Bewegung" und "Die Grünen".

Der deutsche Historiker Sebastian Haffner berichtete später über die linksradikale Studentebewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127): >>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen. Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...

Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<

Die Kultusministerkonferenz vereinbarte am 27. November 1969, wissenschaftlich begleitete Schulversuche mit Gesamtschulen durchzuführen. Die Gesamtschule (ging auf die Idee der "Einheitsschule" zurück) wurde bereits seit 1948 gefordert. Während SPD und FDP für die Einführung der Integrierten Gesamtschule eintraten, waren CDU/CSU für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems (Hauptschule, Realschule und Gymnasium).

Andreas Baader wurde am 14. Mai 1970 durch Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Astrid Proll, Irene Goergens und Ingrid Schubert aus der Haft befreit ("Geburtsstunde der Roten-Armee-Fraktion - RAF"). Während der "Baader-Befreiung" wurde eine Person durch einen Schuß schwer verletzt.

Ulrike Meinhof (1934-1976, Anführerin der radikalen "Rote Armee Fraktion") bekannte sich im Jahre 1970 zu offenen, geplanten Gewalttaten (x300/200): >>... Und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.<<

Ulrike Meinhof (1934-1976, RAF-Anführerin) erhängte sich am 9. Mai 1976 in ihrer Gefängniszelle in Stuttgart.

Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe nach 192 Verhandlungstagen am 28. April 1977 wegen vierfachen Mordes und 34fachen versuchten Mordes zu jeweils lebenslangen Freiheitsstrafen.

Am 18. Oktober 1977 stürmte die deutsche Spezialeinheit GSG 9 in Mogadischu (Somalia) das von Terroristen entführte Flugzeug der Lufthansa. Bei der Stürmung der "Landshut" wurden innerhalb von neunzig Sekunden sämtliche Passagiere aus der Maschine befreit und drei Entführer getötet. Die zu lebenslanger Haft verurteilten RAF-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe begingen am gleichen Tag in Stuttgart-Stammheim in ihren Zellen Selbstmord.

Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."



Abb. 85 (x101/115): Baldur Springmann (links) und Rudolf Bahro bei der Gründungsversammlung der Grünen im Januar 1980 in Bonn.

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen" verdrängten die kampferprobten linksradikalen Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele,

Otto Schily und viele andere Linksradikale) die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Niedergang des Christentums

Mutlosigkeit ist fast immer ein Beweis für tiefe Verbundenheit mit der Kirche.

Harriet E. Beecher-Stowe (1812-1896, nordamerikanische Schriftstellerin)

In dem erbitterten Kulturkampf, der spätestens seit Bildung der 68er Bewegung geführt wurde, sollte die bisherige Bindekraft der christlichen Religion durch kommunistisch-atheistische Gesellschaftsideologien ersetzt werden. Infolge der Streichung des Gotteslästerungsparagraphen 166 Strafgesetzbuch wurden z.B. ab September 1969 Gotteslästerung und blasphemische Angriffe auf das Christentum nicht mehr strafrechtlich geahndet, um die christlichen Konfessionen zu schützen und um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren.

Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich erstaunlicherweise fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig vielerorts sogar zu den fanatischsten Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten religiösen Destabilisierungsmaßnahmen.

Der unübersehbare Glaubensverfall unterstützt den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der jahrhundertalten "moralischen Werte" des Naturrechts und verherrlicht schließlich den Atheismus, gemeingefährliche Sekten und die Herrschaft von größenwahnsinnigen Öko-Hysterikern und falschen Klimapropheten (Öko-Inquisition).

Die Verleugnung des christlichen Erbes sowie Anfeindungen und die Zurückdrängung von christlichen Werten durch die linksliberale, atheistisch-materialistische Gender-Ideologie fördern in Deutschland zwangsläufig die Ausbreitung von radikalen Sekten und totalitären atheistischen Organisationen.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 1. September 1969: >>Gotteslästerung nicht mehr strafbar ... Bei der ersten Etappe der Strafrechtsreform wird die Gotteslästerung (§ 166) abgeschafft. Bislang wurde dieses Delikt mit Gefängnis bestraft - bis zu 3 Jahren.

Im neu gefaßten Paragraphen heißt es nur noch: Strafbar ist das Beschimpfen des Inhalts eines religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer Art, die den öffentlichen Frieden stört. ...<<

>>**Homosexualität straffrei** ... Änderung von § 175: Liebe zwischen Männern ab 21 ist straffrei ...<<

In dem erbitterten Kulturkampf, der spätestens seit Bildung der 68er Bewegung geführt wurde, sollte die bisherige Bindekraft der christlichen Religion durch kommunistisch-atheistische Gesellschaftsideologien ersetzt werden. Infolge der Streichung des Gotteslästerungsparagraphen 166 Strafgesetzbuch wurden z.B. ab September 1969 Gotteslästerung und blasphemische Angriffe auf das Christentum nicht mehr strafrechtlich geahndet, um die christlichen Konfessionen zu schützen und um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren.

Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich später fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig vielerorts sogar zu den fanatischsten Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten religiösen Destabilisierungsmaßnahmen.

Der unübersehbare Glaubensverfall unterstützte den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der alten "moralischen Werte" und verherrlichte schließlich den Atheismus und die Herrschaft der großenwahnsinnigen Öko-Hysteriker und der falschen Klimapropheten.

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1994 berichtete im Oktober 1994 über das Buch "Grün war die Hoffnung. Geschichte und Kritik der grünen Bewegung" des deutschen Autors Lothar Gassmann (x853/...): >>Zwischen Marx und New Age

Seit Monaten wird in Deutschland in zahlreichen Medien so getan, als ob - überspitzt ausgedrückt - ein zweiter Hitler bevorstünde, obwohl rechtsextreme Umtriebe (Gott sei Dank) stark abgenommen haben. Aber jede einzelne Tat ist schlimm. Gewalt ist jedoch zu brandmarken, ob sie nun von rechts oder links kommt. Das Problem in Deutschland ist freilich die Einäugigkeit. Rechte Gewalt wird (zu Recht) als furchtbar betrachtet, für linke gibt es dagegen (zu Unrecht) vielfach Verständnis, wenn von ihr überhaupt die Rede ist.

Eine linksradikale Gefahr aber wird in vielen Medien erst gar nicht gesehen. Doch sind die Grünen auf linker Seite mit ihrer Forderung nach totaler Freigabe der Abtreibung (und damit der Tötung von Kindern), nach Legalisierung selbst von Marihuana und ihrem Engagement gegen ein Schutzalter in Sachen sexuellen Mißbrauchs als Ersatz für den § 175 (Homosexualität) tatsächlich weniger radikal als die Republikaner auf rechter? Sind sie von der demokratischen "Mitte" ideologisch weniger weit entfernt als die Repts?

Der Autor des Buches weiß, wovon er spricht, wenn er die Grünen entsprechend sieht und kritisiert. Lothar Gassmann, Jahrgang 1958, hat selbst lange in Umweltschutzverbänden mitgearbeitet und die Grünen gewählt. Von den siebziger Jahren bis heute gibt es zahlreiche Flugblätter und Artikel zu ökologischen Themen aus seiner Feder. Jetzt legt der junge Doktor der Theologie ein ausführliches Standardwerk zur Bewegung der Grünen vor.

Er kommt zu dem Schluß: Die ideologischen Grundlagen dieser Partei sind Neomarxismus und neuheidnische Naturmystik, und beides ist mit christlichem Gedankengut unvereinbar. Auch wenn man die Grünen nicht über einen Kamm scheren darf - es gibt unter ihnen auch engagierte Christen -, auch wenn man das Engagement für die Umwelt nur begrüßen kann (und hier haben nicht wenige Christen einen Nachholbedarf), so sind doch wesentliche ethische und ideologische Positionen der Partei der Grünen für Christen inakzeptabel.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. Januar 2000 (x887/...): >>Streit und Hader um Gott

Abgeordnete wollen den religiösen Bezug aus der Präambel streichen

Die kürzlich vom bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber gemachte Äußerung, in Deutschland lebende Ausländer müßten die abendländische Kultur als "Leitkultur" akzeptieren, ist eine zwar von tiefer christlicher Verbundenheit zeugende, aber dennoch leicht mißverständliche Aussage. Aber immerhin war es der Versuch, sich auf eine eigene kulturell-religiöse Wertewelt zu beziehen.

Und dies in einer Zeit, in der Bundestagsabgeordnete, vor allem aus der Ecke der SPD und der Bündnisgrünen, fordern, den Anfang der Präambel des Grundgesetzes "im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ..." zu streichen. "Der Gottesbezug sollte nicht in einer Verfassung stehen, die für alle Bürger geschrieben wurde", meint der SPD-Abgeordnete Eckardt Bartel. Auch der grüne Bundestagsabgeordnete und von türkischen Eltern abstammende Cem Özdemir ist der Ansicht, daß eine "Konstitutionalisierung des Christengottes" zu Abgrenzung und Intoleranz führe. ...

Deutschland steht angesichts der Überflutung vor allem türkischer, arabischer und anderer

mehr oder weniger Asyl suchenden Völkerschaft vor einem immer größer werdenden und schier unlösbaren Problem. Die Kriminalität steigt, unseliger islamischer Fundamentalismus, der nicht mit allem Arabischen zu verwechseln ist, nimmt kontinuierlich zu. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. April 2004: >>Mit dem Teufel im Bunde

Dr. Friedrich Romig

Zu den heute vergessenen, doch einst weitverbreiteten Schriften des berühmten russischen Religionsphilosophen Wladimir Solowjew zählt die "Kurze Erzählung vom Antichrist". Seit er sie seinen Studenten in den späten Februartagen des Jahres 1900 vorlas, hat sie Tag für Tag an beklemmender Aktualität gewonnen. Er sah die blutigen Weltkriege der Völker voraus, den Einfall "der asiatischen Barbaren" infolge Uneinigkeit der europäischen Staaten, "die alle nur an ihre Sonderinteressen dachten", bis endlich im "einundzwanzigsten Jahrhundert ein Bund von Völkern, die alle mehr oder weniger demokratisch regiert werden, entsteht - die Vereinigten Staaten von Europa".

Äußere Wohlfahrt und Wirtschaft machten daraufhin erhebliche Fortschritte, doch die Religion verblaßte. Die Mehrheit der denkenden Menschen wurde ungläubig. Begriffe wie der "von einem Gott, der die Welt aus dem Nichts geschaffen hat, wurden nicht einmal mehr in den Grundschulen gelehrt". Kein Dogma hielt der Prüfung durch die Vernunft noch stand. Doch fehlt die Religion als Bindekraft der Gesellschaft, dann muß eine Zwangsgewalt her, die die Einheit wahrt.

So hielten "die Lenker der Politik der europäischen Gemeinschaft, die dem mächtigen Bund der Freimaurer angehören", Ausschau nach einem "Menschen der Zukunft", dem, zum "Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt", die zentrale Exekutivgewalt anvertraut werden konnte. Ihre Wahl fällt auf einen jungen, dreiunddreißig Jahre alten, jedoch wegen seiner viel gelesenen, geradezu genialen Schriften weithin anerkannten Menschen - "viele nannten ihn einen Übermensch". Er selbst sieht sich als "zweiter Christus", der aber in Wahrheit der rangmäßig erste, weil vollkommene und endgültige Erlöser ist, er, der wahre Wohltäter, der den Menschen alles gibt, was sie brauchen.

Sein Vorläufer, geschichtlich der erste, jedoch noch unvollkommene Christus, trennte die Menschen durch die Unterscheidung von Gut und Böse, er aber, der neue Christus, läßt seine Sonne aufgehen über Gute und Böse und läßt es regnen über Gerechte und Ungerechte. Er droht nicht mit dem Jüngsten Gericht, sondern läßt Gnade walten, sein Gott fordert nicht Gehorsam bis zum Tod am Kreuz, sondern hat Verständnis für die unbegrenzte Freiheit und wird jedem angenehm sein.

Schon nach einem Jahr sind die Keime des Krieges ausgerissen, ein letztes Mal tritt die Friedensliga zusammen, doch nur um dem großen Friedensbringer zu huldigen und ihn zum Weltmonarchen zu küren. Er schlägt seinen Sitz in Rom auf, denn wo wäre es angemessener, der neuen "Zivilreligion" eine Heimstätte zu bieten? Systematisch wurde das Christentum "marginalisiert", die Kirche in ein "archäologisches Museum" verwandelt, der Papst aus Rom vertrieben und das Kreuz durch den Wohlstand um seine Kraft gebracht.

In wenigen Jahren verminderte sich Zahl der Christen, einst weit mehr als eine Milliarde, auf fünfundvierzig Millionen. Ein beträchtlicher Teil der anglikanischen Kirche vereinigte sich mit der katholischen. Unter den Protestanten gewann religiöser Indifferentismus und Unglauben die Oberhand, die meisten fielen ab, nur wenige fanden in einem neubelebten Urchristentum Befriedigung ihrer Glaubensbedürfnisse. Auch die russische Orthodoxie verlor viele Millionen Mitglieder, doch trotz dieser Verluste fanden sich, wenn auch nur vereinzelt, bei ihr wie auch bei den anderen Bekenntnissen und Kirchen Zeugnisse tiefer Religiosität, hoher Gelehrsamkeit und neuer Kräfte des Geistes.

Bereits vier Jahre nach Antritt seiner Herrschaft scheint die Zeit reif zur Vereinigung der Religionen. Der Weltkaiser beruft ein ökumenisches Konzil nach Jerusalem, der heiligen Stadt

der abrahamitischen Hochreligionen, um sich dort auch zum geistlichen Führer küren zu lassen und so die als verhängnisvoll angesehene Trennung von Politik und Religion, Kirche und Staat aufzuheben. Über dreitausend Vertreter der Weltreligionen folgen seinem Ruf. Auf dem Konzil hält der Kaiser eine flammende Rede, in der er von den Vertretern der Weltreligionen seine Anerkennung als ihr geistliches Oberhaupt einfordert.

Fast alle katholischen Bischöfe und auch die Repräsentanten der anderen Religionen anerkennen ihn, nur ganz wenige zeigen sich störrisch. Letztere verlangen vom Kaiser ein klares Bekenntnis zu Christus, doch der offenbart sich jetzt als der Antichrist, seit jeher mit dem Teufel im Bunde. Der Großmagier des Kaisers sorgt mit Donnerschlag und Kugelblitzen für die Auslöschung der meisten Widerstrebenden. Jene, die überleben, gehen in die Wüste.

Der Kaiser läßt auf einem ad hoc einberufenen Konklave seinen Großmagier Apollonius, der in Indien geboren wurde, zum neuen Papst wählen, und noch am selben Tage unterzeichnen die Vertreter der Orthodoxie und der Protestanten eine Urkunde über die Vereinigung ihrer Kirchen mit der katholischen.

Ein Sturm der Begeisterung über die endlich gelungene Vereinigung der Religionen erhebt sich, der durch die Freude über einen "Ablass für alle vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Sünden" noch verstärkt wird.

Die Erzählung endet mit einer Erhebung der Juden, die am Welterfolg des Jubelkaisers ja nicht unbeteiligt waren und seinen Versprechungen geglaubt hatten, er betrachte die Aufrichtung der Weltherrschaft Israels als seine Hauptaufgabe. Ihre Empörung bricht aus, als sie entdecken, daß der Kaiser nicht beschnitten ist. Ihre grenzenlose und glühende Verehrung, die sie dem Retter Israels und vermeintlichen Messias bisher entgegenbrachten, schlägt in ebenso grenzenlosen Haß um.

Der überraschte Kaiser läßt Zehntausende von Juden und Christen hinhängen. Doch die Juden siegen dank eines Erdbebens, der Kaiser und seine Truppen gehen in einem Flammenmeer unter. Als die Juden, um zu danken, nach Jerusalem ziehen, zeigt sich ihnen Christus, der nun "für tausend Jahre" - ein Ausdruck für die Ewigkeit - sein Regnum antritt.

Auch ohne an Irak-Krieg, Völkerrechtsbruch und die religiös verbrämten, martialischen Bush-Reden zu denken, wird derjenige, der diese vor mehr als hundert Jahren geschriebene Erzählung liest, nicht umhinkönnen, aus den Auseinandersetzungen um die Europäische Union, ihre Gründungsgeschichte und Absichten, ihre Versprechen, für Frieden, Sicherheit und Wohlstand zu sorgen - übrigens für Paulus immer ein sicheres Erkennungszeichen des Antichrist -, um ihre "Zivilreligion" und Laizität, ihre Verfassung und Präsidentschaft, um das Verschwinden der Nationen und um den Kampf der Kulturen seine Schlüsse zu ziehen.

Seit ihrer Konzeption durch Graf Coudenhove-Kalergi, den noch vor Kriegsende konzipierten Entwürfen für die Nachkriegsordnung Europas, ihrer schrittweisen Verwirklichung über die Rom-Verträge bis hin zu Maastricht und dem Verfassungskonvent, erscheint dem Tieferblickenden die EU als eine Werkstatt des Antichrist, der Europa immer weiter von seinen christlichen Wurzeln "befreit".

Dieses EU-Europa empfiehlt der Kirche die Abkehr von ihren "dogmatischen" und "fundamentalistischen" Positionen, mehr Toleranz in Fragen der Bevölkerungskontrolle, Kontrazeption, Abtreibung, Euthanasie, Genmanipulation, Ehescheidung, Anerkennung und Gleichstellung "eheähnlicher" Partnerschaften, Verständnis und Wohlwollen für Homosexualität. Die Kirche wird zur Mitarbeit an einer "humanistischen Weltethik" aufgefordert, zum Verzicht auf Zölibat oder Geschlechterdiskriminierung bei der Priesterweihe.

Vor allem aber wird ihr der Ersatz ihrer hierarchischen durch "demokratische" Strukturen nahegelegt. Sie soll sich endlich mit einer ähnlichen Stellung begnügen, wie sie anderen "humanistischen Organisationen" und "Tendenzbetrieben", etwa von der Art der Liga für Menschenrechte, Amnesty International oder Greenpeace, innerhalb der EU eingeräumt wird. Ihren Anspruch, herrschendes "Lebensprinzip" oder gar "Seele" der gesamten menschlichen Gesell-

schaft zu sein und diese nach göttlichem Recht gestalten zu wollen, müsse sie aufgeben.

Um künftig akzeptiert zu werden, habe sie sich mit dem Liberalismus zu versöhnen und auf ethische Vorschriften zu verzichten, die den Menschen zum ständigen Sünder stempeln und ihm die Freude am Leben nehmen. Schließlich lebten wir alle ja nur einmal. Mit dem Glauben an die Auferstehung zum ewigen Leben trösteten sich ja heute nur noch die wenigen, die mit dem irdischen Leben nicht fertigwerden oder zu wenig Spaß haben.

Gibt es noch Rettung? Peter Handke, von dem eine solche Aussage kaum zu erwarten war, bringt die Antwort mit zwei Worten auf den Punkt: "Erneuern? Umkehren!" Das liest sich leicht, ist aber das Schwerste. Umkehren? Den Weg zurückgehen, auf dem wir so hurtig "fortschritten"? War er ein Irrweg? Brachte er uns nicht Wohlstand, Bequemlichkeit, Demokratie, das Licht der Aufklärung, Freiheit und Mündigkeit?

Gilt es sich also zu "erheben wider die moderne Welt", wie das ja nicht nur der Kulturphilosoph Julius Evola, sondern auch die Pius-Päpste verlangten? Zurückgehen in die Wüste des Durstes, der Armut, der Plackerei und der Einfalt? Zurück also zu dem, den wir verlassen und aus den Augen verloren haben, dem redemptor hominis (Erlöser des Menschen)?

Der versöhnliche Schluß der "Kurzen Erzählung" deutet an, was uns nach dem Karfreitag der Geschichtsepoche, in der wir uns befinden, erwarten wird: der Ostermorgen des wahrhaft Auferstandenen. Um ihn zu sehen, rät uns der Platon des Höhlengleichnisses, das Auge beizeiten an das Licht der Wahrheit zu gewöhnen.

Univ.-Dozent Dr. Friedrich Romig lehrte Politische Ökonomie in Wien, Graz und Aachen. Er war Mitglied der Europakommission der Österreicher Bischofskonferenz und Europaberater von Bischof Krenn (St. Pölten).<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 5. Mai 2007 (x887/...):

>>**Christlichen Glauben schützen**

Eine Verschärfung des Gotteslästerungsparagraphen 166 im Strafgesetzbuch haben die Teilnehmer des Vereins "Die Wende" gefordert. Die politisch Verantwortlichen in Deutschland müßten den christlichen Glauben mit demselben Eifer verteidigen, wie sie es im Blick auf andere Religionsgemeinschaften täten. Seit nicht mehr die Ehre Gottes gesetzlich geschützt sei, sondern nur noch das religiöse Empfinden von Menschen, schwiegen viele Christen zu blasphemischen Angriffen auf den Glauben. Nach Ansicht der "Wende" werden Christentum und Islam hierzulande ungleich behandelt.

Während blasphemische Angriffe auf das Christentum weitgehend ungeahndet blieben, bestehe im Blick auf den Islam eine Selbstzensur. Provokationen des Islam unterblieben, weil man Gefahren für den öffentlichen Frieden befürchte. Insbesondere die beiden großen Kirchen sollten sich stärker bemühen, "das Heilige heilig zu halten", um den Charakter eines christlich geprägten Staatswesens zu bewahren. Die Entchristlichung dürfe nicht weiter voranschreiten. In einem Grundsatzreferat wies der Journalist und Buchautor Udo Ulfkotte auf den zunehmenden Einfluß von Islamisten auf die veröffentlichte Meinung hin.

Dies sei möglich, weil sich der Rechtsstaat vor unverblümt angedrohter Gewalt beuge und kritische Berichte über den Islam nicht erwünscht seien. Die 1993 gegründete "Wende" hat nach eigenen Angaben gut 1.000 Unterstützer. Sie setzt sich für eine geistige Erneuerung Deutschlands aus den Wurzeln des christlichen Glaubens ein. Ihr Ideengeber ist der evangelische Sozialphilosoph Günter Rohrmoser.<<

Zusammenbruch der DDR

Die Grundlage für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit ist die Souveränität der Nation. Mustafa Kemal Atatürk (1881-1938, türkischer Politiker)

Der Staats- und Parteichef der DDR, Erich Honecker, stattete der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis zum 11. September 1987 einen offiziellen Staatsbesuch ab.

Erich Honecker betonte damals während seiner Rede in Bonn (x092/1136): >>Die Entwick-

lung unserer Beziehungen ... ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet und sie bedeuten, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser ...

Wenn wir gemeinsam hinwirken, ... dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vereint.<<

Michail Gorbatschow, Generalsekretär der KPdSU, wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Gorbatschow, der als Reformler galt, wußte damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen konnte.

Die sowjetische Regierung beschloß am 27. Juli 1989, daß die 3 baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen ab 1990 wirtschaftliche Autonomie erhalten sollten.

Am 11. September 1989 ließ die ungarische Regierung die Grenzen nach Österreich öffnen. Danach flohen innerhalb von 3 Tagen rund 15.000 DDR-Bürger nach Österreich bzw. in die Bundesrepublik (x175/820).

In Leipzig wurde am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten - "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...

In Leipzig duldet die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern - "Wir sind das Volk - keine Gewalt ...".

Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

Während dieser Demonstration am 4. November 1989 hielten bekannte Persönlichkeiten auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz leidenschaftliche Ansprachen (x298/242): >>... Stefan Heym, Schriftsteller: Liebe Freunde, Mitbürger, es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen. Den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit. Welche Wandlung!

Vor noch nicht 4 Wochen die schön gezimmerte Tribüne hier um die Ecke mit dem Vorbeimarsch, den Bestellten vor den Erhabenen!

Und heute - heute Ihr, die Ihr Euch aus eigenem freien Willen versammelt habt, für Freiheit und Demokratie und für einen Sozialismus, der des Namens wert ist. ...

Einer schrieb mir, und der Mann hat recht, wir haben in den letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen.

Und das, Freunde in Deutschland, wo bisher sämtliche Revolutionen danebengegangen waren. Und wo die Leute immer gekuscht haben. Unter dem Kaiser. Unter den Nazis. Und später auch.

Aber sprechen, frei sprechen, gehen, aufrecht gehen - das ist nicht genug. Laßt uns auch lernen zu regieren.

Die Macht gehört nicht in die Hände eines einzelnen, oder ein paar weniger oder eines Apparates oder einer Partei.

Christa Wolf, Schriftstellerin: Zu Huldigungsvorbeizügen ... werden wir keine Zeit mehr haben.

Dies ist eine Demo, genehmigt, gewaltlos. Wenn sie so bleibt bis zum Schluß, wissen wir wieder mehr über das, was wir können. Und darauf bestehen wir dann. (Starker Applaus)

Ein Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei.

Alles nicht von mir. Das ist literarisches Volksvermögen. Unglaubliche Wandlung. Das Staatsvolk der DDR geht auf die Straße, um sich als Volk zu erkennen. Und dies ist für mich der wichtigste Satz dieser letzten Wochen - der tausendfache Ruf: Wir sind das Volk!

Eine schlichte Feststellung, und die wollen wir nicht vergessen.

Steffie Spira, Schauspielerin: Ich wünsche mir für meine Enkel, daß sie aufwachsen ohne Fahnenappell, ohne Staatsbürgerkunde, und das keine Blauhemden mit Fackeln an den hohen Leuten vorbeigehen.

Ich habe noch einen Vorschlag: Aus Wandlitz, der Waldsiedlung der führenden SED-Politbüromitglieder, machen wir ein Altersheim!

Die über 60- bis 65jährigen können jetzt schon dort wohnen bleiben, wenn sie das tun, was ich jetzt tue - Abtreten! ...<<

Bürgerrechtler forderten am 26. November 1989, die Eigenständigkeit der DDR zu verteidigen (x303/171): >>... Gewaltfrei durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen. ...

Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, ... in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Oder: Wir müssen dulden, daß ... über kurz oder lang die DDR durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.

Laßt uns den ersten Weg gehen!<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 27. November 1989 über ein Gespräch mit dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine.

Im Verlauf dieser Unterredung lehnte es Lafontaine ab, deutsche Spätaussiedler aus Rußland, Rumänien, den deutschen Ostgebieten und der DDR aufzunehmen (x268/186): >>Ist es richtig, daß wir allen Bürgern aus der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien oder anderen Staaten Osteuropas leben - daß wir all denen den Zugriff auf die sozialen Systeme der Bundesrepublik einräumen: Kindergeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Renten? ...<<

Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.

Der völkerrechtliche Status der BRD und DDR von 1949-1990

Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Souveränität

Die von den westlichen Siegermächten gegründete BRD war wie die DDR nie ein souveräner Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungsstatutes und des Ruhrstatutes drastisch eingeschränkt.

DER SIMPL

IST SKORZENY JUDE?
Seite 24

DAS NEUE REICHSWAPPEN

M. Fischer



ZWEI VOLK — ZWEI REICH — ZWEI FUHRER

Abb. 80 (x067/206): "Zwei Volk, zwei Reich, zwei Führer." Karikatur aus dem "Simpl", 1949. Aufgrund der Potsdamer Vereinbarungen (völkerrechtswidrige Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen etc.) zählten die BRD und die DDR völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten,

die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. ... "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>"Lebenslüge der Bundesrepublik"

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg
Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe

nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "**Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.**" ...<<

Die deutsche Zeitschrift "Magazin 2000plus" berichtete am 8. Januar 2012 (x936/...): >>Die Staats-Simulation "BRD"

Ein Artikel von *Ingrid Schlotterbeck*

Am 8. Mai 1945 wurden die Kampfhandlungen des 2. Weltkriegs eingestellt, nach dem am 7. Mai Generaloberst Alfred Jodl, als Delegationsleiter der Regierung Dönitz in Reims (Frankreich) die Kapitulationsurkunde unterzeichnete. Am 9. Mai unterzeichnete Generalfeldmarschall Keitel für die Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation in Berlin-Karlshorst.

"Vereinigtes Wirtschaftsgebiet Deutschland"

Der völkerrechtliche Begriff "Debellatio", gemeint ist damit die Niederwerfung des Gegners, trifft hier nicht zu. Die Sieger hätten vom Zustand der "Debellatio" Gebrauch machen müssen. Es gab nur zwei Möglichkeiten, die Annexion, also die Einverleibung der eroberten Gebiete, oder die Subjugation, die Verknechtung des Volkes. Beides haben die Sieger nicht getan, sondern in Potsdam ausdrücklich erklärt, daß weder das Deutsche Volk versklavt werden soll, noch Gebiete im Zuge einer Annexion weggenommen werden. (3-Mächte-Konferenz 17.7. bis 2.8.1945, Potsdam).

Die Siegermächte teilten das Deutsche Reich in Besatzungszonen auf.

Die Westmächte teilten Nord-, West- und Süddeutschland unter sich auf, die Russen besetzten Mitteldeutschland und Ostdeutschland wurde von Rußland unter polnische und russische Verwaltung gestellt. Der Staat Deutsches Reich wurde mit Art. 1 §1 des Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF)- Gesetz Nr. 52 am 12.9.1944 bereits, mit allen Reichsländern, Gauen, Kommunen etc., mit Wissen und Billigung Englands und der Sowjetunion beschlagnahmt.

Der immer noch fehlende Friedensvertrag wird mit den Siegermächten und dem Deutschen Reich zu schließen sein. Daß das Deutsche Reich fortbesteht hat das Bundesverfassungsgericht (so heißt es nun mal), obwohl die Verfassung fehlt und nur ein Grundgesetz von den alliierten Siegermächten der BRD "übergestülpt" wurde, eindeutig festgestellt (BverfGE2, 26 und 2BvF1/1973) siehe dazu auch die Rede Carlo Schmid (in Magazin EXTRA 10).

Seitdem verfügt weder das Deutsche Reich, noch das von den Siegermächten geschaffene Besatzungskonstrukt BRD, noch das vereinigte Wirtschaftsgebiet, nach dem Beitritt der DDR zur BRD, über volle uneingeschränkte Souveränität. Auch wenn durch die Politiker der BRD anlässlich des Zwei-plus- Vier-Vertrages 17.7.1990 in Paris (Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland 12.9.1990) Grenzverläufe bestätigt wurden, können das keine Gebietsabtretungen sein, da die BRD nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs ist.

Bei diesen Verhandlungen wurde der Artikel 23 (Geltungsbereich des Grundgesetzes) und die Präambel auf Veranlassung von James Baker (USA) und Eduard Schewardnadse (Sowjetunion) **gestrichen.** Damit wurde völkerrechtlich betrachtet das gesamte Grundgesetz der BRD aufgehoben.

Gleichzeitig wurde die Verfassung der DDR aufgehoben. Mit der Streichung der Präambel und des Art. 23 GG sind de jure jegliche Rechtsgrundlagen der Organe und Behörden der

BRD erloschen, haben somit keine Rechtsgültigkeit mehr. Der territoriale Geltungsbereich des Grundgesetzes ist spätestens mit der Streichung des Art. 23, am 23.9.1990 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht, erloschen.

Seit Ende 1990 gibt es das "Vereinigte Wirtschaftsgebiet Deutschland". **Gemäß Artikel 133 Grundgesetz gibt es keine "BRD", lediglich ein vereinigttes Wirtschaftsgebiet! Somit ist die "BRD" eine Staats-Simulation.**

Alle Politiker Schauspieler.

Ein Staat oder ein staatsähnliches Gebilde wird nur vorgetäuscht, nur vorgespielt. Diese Situation verschweigt man den Bewohnern des Wirtschaftsgebietes "BRD", hält diese dumm (nun gut, die lassen sich ja auch für dumm verkaufen) und ist u.a. bei den Euro-Verhandlungen absolut erpreßbar. Was der aufmerksame Betrachter jeden Tag aufs Neue kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt.

Die "BRD" wird völkerrechtlich (und nach den SHAEF-Militärgesetzen) durch eine Nicht-Regierungsorganisation (NGO) geleitet. Bei der UNO werden die NGO-Staaten unter folgendem Link geführt:

[http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfile-Details&profileCode=43653.](http://esango.un.org/civilsociety/showProfileDetail.do?method=showProfile-Details&profileCode=43653)

Mit Debellatio bzw. Debellation (lateinisch: "vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung"; bellum "Krieg") bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederung eines feindlichen Staates herbeigeführte Ende eines Krieges. Nach traditionellem ("klassischem") Völkerrecht konnte, aber brauchte damit nicht einherzugehen die Annexion, das heißt die Beseitigung der Staatsgewalt des debellierten Staates und die Inanspruchnahme des Staatsgebiets durch den Sieger.

Die Einführung des Kriegsverbots im modernen Völkerrecht und demzufolge auch des Annexionsverbots beschränkt die Bedeutung der Debellation. Das deutlichste Beispiel einer Debellation ist die Unterwerfung Karthagos durch die Römer. Nach langen verlustreichen Schlachten wurde die Stadt völlig zerstört. (Quelle Wikipedia) ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

... Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, ... Tempora, X-Keyscore ... Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht ...Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. ...<<

Innen- und Außenpolitik

Die gewählten Politiker der deutschen Regierungen der BRD und DDR führten gewöhnlich alle Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte gewissenhaft und widerstandslos aus. Der aufrichtige und ehrenhafte SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher war leider eine Ausnahme. Die freien, geheimen Wahlen in der BRD waren zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän handeln. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemein-

schaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.

Staatsangehörigkeit

In der ursprünglichen Fassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 hieß es u.a. (x859/...): >>Artikel 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. ...<< In Ostberlin verkündete der 3. Volkskongreß am 30. Mai 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die ebenfalls für Gesamtdeutschland gelten sollte (x105/306). In dieser Verfassung der DDR hieß es u.a.: ... "Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit".

Bedeutende Leistungen

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lag das geschlagene Deutsche Reich fast vollständig in Trümmern. Infolge der jahrelangen Bombenangriffe und Kriegshandlungen waren in Mittel- und Westdeutschland Millionen von Wohnungen vollständig zerstört oder so beschädigt, daß sie unbewohnbar waren.

In dieses zerstörte Land - voller Not und Elend -, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene sowie ostdeutsche Flüchtlinge aufhielten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchten, kamen damals zusätzlich noch Millionen von gewaltsam vertriebenen Ostdeutschen, Sudetendeutschen und Volksdeutschen aus Polen und Ungarn.

Den Einheimischen, Flüchtlingen und Vertriebenen mangelte es vor allem an Wohnraum, Nahrung, Heizmaterial und an Kleidung. Obgleich die geschlagenen Deutschen menschenunwürdig hausten, hungerten und froren leisteten sie täglich schwere Wiederaufbauarbeiten. Nicht Männer, sondern mehrheitlich Frauen, Kinder, Greise und Krüppel schufen dort in den bitteren Nachkriegsjahren zwischen Trümmern und Verwüstung aus dem Nichts eine neue Lebensgrundlage.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Zerstörungen in den Westzonen Deutschlands (x063/618-619): >>Allein in den Westzonen waren 2 ¼ Millionen Wohnungen - ein Fünftel des gesamten Wohnraums - völlig zerstört, 2 ½ Millionen schwer beschädigt. Öffentliche Gebäude, Kirchen, Bahnhöfe, die meisten Brücken, Post- und Telegraphenämter waren, wenn nicht zerstört, so doch hart getroffen. Auch die für jede größere Stadt lebenswichtigen unterirdischen Anlagen, Kanäle, Wasserleitungen, Kabel, hatten gelitten. In Berlin z.B. waren 3.000 große Wasserrohrbrüche zu beseitigen, die Abwässer wurden in die Kanäle geleitet, weil von 84 Pumpstationen nur noch 23 arbeiteten.

Der Schutt, der bei Kriegsende auf Deutschland lag, wird auf 400 Millionen Kubikmeter geschätzt, dazu kamen 17 Millionen Ziegelsteine, die herausgesucht, mit der Hand geputzt und wieder verbaut wurden.

Der neuen Generation fällt es schwer, sich den trostlosen Zustand der Eisenbahnen vorzustellen - ohne Licht, ohne Fenster, ohne Heizung im bittersten Winter, viele Straßen durch Bombentrichter aufgerissen - 3.000 Eisenbahnbrücken zerstört, darunter alle über den Rhein und die Weser, 23 von 24 über den Main und 22 von 34 über die Donau. ... Bombentrichter übersäten die Gleisanlagen, zerfetzt ragten Schienenteile und Signalanlagen in die Luft. Der Kern des Ruhrgebietes war von der Umwelt völlig abgeschnitten.<<

Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtete z.B. am 30. November 1947 in seinem Tagebuch über die chaotischen Zustände in Berlin (x111/396): >>... In der Untergrundbahn: fast alle mit einem Bündel, einem Rucksack, einer geschnürten Schachtel.

Neben Gesichtern, die aus Lehm und Asche sind, gibt es auch gesunde, straffe, volle, aber ebenso verschlossen, oft larvenhaft. ...

100 Schritte weiter stehen die sog. Trümmerweiber, die sich mit Schaufel und Eimer gegen das Unabsehbare verbrauchen. Es wirkt nicht wie Arbeit, sondern wie Strafkolonie. 40 Mark in der Woche, das sind vier Zigaretten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Trümmerfrauen" (x051/-587): >>Trümmerfrauen, volkstümliche Bezeichnung für die deutschen Frauen im männerarmen Nachkriegsdeutschland, die die Hauptarbeit bei der Schuttbeseitigung in den zerbombten deutschen Städten leisteten: Von insgesamt 19 Millionen Wohnungen (1939) waren bei Kriegsende (ohne Ostgebiete) rund 3,5 Millionen zerstört oder schwer beschädigt.<<

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation waren rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft geraten (x026/36). Nach dem Kriegsende wurden Millionen von deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR, Frankreich, Großbritannien, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien und in anderen Ländern als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Falls die deutschen Kriegsgefangenen die jahrelange schwere Zwangsarbeit lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück.

Die Siegermächte drückten die geschlagenen Deutschen nach dem Kriegsende auf die unterste Stufe des menschlichen Daseins herab, aber die meisten Deutschen gaben trotz alledem nicht auf. Millionen von Vertriebenen jagte man vollständig ausgeplündert und aus ihrer Heimat. Diese Deutschen besaßen praktisch nur noch ihr Leben und ihre Arbeitskraft, ihre geistigen Fähigkeiten und ihr handwerkliches bäuerliches Geschick, doch auch sie waren nicht bereit, widerstandslos aufzugeben, sondern sie wollten überleben und mehrheitlich unbedingt wieder nach oben kommen.

Nach Jahren härtester Wiederaufbauarbeit schafften die Deutschen, Einheimische wie Vertriebene, trotz Hunger, Elend und Not schließlich den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Infolge des unglaublichen Arbeitseifers und des mutigen Unternehmungsgeistes der Deutschen stieg die Industrieproduktion von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/-215).

Herausragender Politiker: Kurt Schumacher

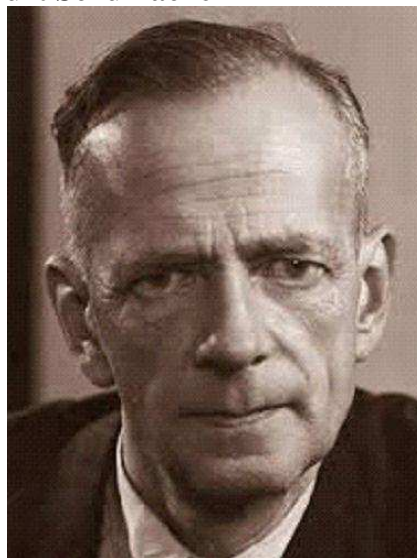


Abb. 81 (x051/525): Kurt Schumacher

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, 1930-1933 SPD-Abgeordneter des Reichstages, von 1933-1945 fast ständig in KZ-Haft, seit Mai 1946 SPD-Vorsitzender, strebte die Wiederherstellung

der nationalen Einheit Deutschlands und eine freiheitlich-demokratische Verfassung an, ab 1949 SPD-Abgeordneter des Deutschen Bundestages).

Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher wies am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...

Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...

Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 28. Oktober 2000) über Kurt Schumacher (x887/...): >>"**National sein ist Ehrensache!**"

... Seine Polemik kannte kaum Grenzen, so wenn er den Nationalsozialisten androhte: "Eines Tages werden wir die ganze Naziführerbande in die Irrenhäuser einsperren."

Ebenso fanatisch und häufig auch zügellos bekämpfte Schumacher die Kommunisten, für ihn "rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten". Die Kommunistische Partei war für Schumacher "ein stehendes Heer der Sowjetunion auf deutschem Boden".

Er war bald sowohl bei der NSDAP als auch bei der KPD einer der bestgehaßten Parlamentarier.

Nachdem im Januar 1933 die NSDAP als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, wurde im Juni Kurt Schumacher in Schutzhaft genommen, zunächst in einem Gefängnis, dann in einem wilden KZ und schließlich im KZ Dachau festgehalten. ...

Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. ... Von ihm ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekenntnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.

Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften ... teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen. ...

In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"

"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"

Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieten sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort. ...

Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen ... verstricken zu lassen."<<

Gehorsamer Erfüllungsgehilfe und williger Handlanger der Neuen Weltordnung: Willy Brandt

Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenminister, 1969-1974 Bundeskanzler, erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).

Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In der Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung".



Abb. 84 (x101/81): Ein Bild, das um die Welt ging: Der Kniefall Bundeskanzler Brandts vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970.

Brandts Außenpolitik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970 "ging damals um die Welt". Die Verträge von Moskau und Warschau und leiteten schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis und 1981 die Goldmedaille der jüdischen Freimaurerloge B'nai B'rith.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 30. November 2013) über Willy Brandt (x887/...): >>Nicht nur sein Kniefall polarisierte

Kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland war zeitlebens umstrittener als Willy Brandt

... Nach der Bundestagswahl 1969 entschied sich Brandt für eine Koalition mit der FDP. Mehrere bis heute wirkende Schlagworte und Zielsetzungen prägten Brandts Amtszeit in der sozialliberalen Koalition: "Wir wollen mehr Demokratie wagen", "Neue Ostpolitik", "Wandel durch Annäherung". Willy Brandts Kniefall am Mahnmahl des Ghetto-Aufstandes in Warschau setzte im Dezember 1970 ein weltweit beachtetes Zeichen. Er war Ausdruck einer Politik gegenüber den Ostblockstaaten, die 1970 die Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen zum ersten Ergebnis hatte. ...

Erst sehr viel später wurde bekannt, in welchem Maße die Stasi der DDR jenseits der Verhandlungstische mitmischte. Als der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel 1972 versuchte, Brandt über ein konstruktives Mißtrauensvotum zu stürzen, da scheiterte er an zwei fehlenden Stimmen aus dem eigenen Lager. Jeweils ein Abgeordneter der CDU und der CSU waren von der Stasi gekauft worden. Der Verrat kostete pro Stimme 50.000 Mark.

Die dem Mißtrauensvotum noch im selben Jahr folgende vorgezogene Bundestagswahl brachte beiden Regierungsparteien Stimmengewinne. Um so überraschender war für die Öffentlichkeit das rasche Ende der Regierung Brandt. Über den Hang "Weinbrand-Willys" zum Alkohol und seine überdurchschnittliche Zuwendung zum weiblichen Geschlecht gab es massive Gerüchte. 1974 kursierte ein Geheimdossier des Bundeskriminalamtes, das akribisch auflistete, welche erotischen "Zuführungen" wann und wo stattgefunden hatten. In dieser - etwas längeren - Liste war nachzulesen, welche Damen dem Kanzler außerhalb des Ehebetts zu Diensten gewesen waren. Das Papier hatte Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes, veranlaßt, es war also amtlich. Das war schon pikant genug.

Sehr viel schlimmer aber war der Umstand, daß der Referent des Kanzlers, der die Damen seinem Herrn auf den letzten Metern "zuführte", der enttarnte DDR-Spion Günter Guillaume war. Schlimmer noch: Brandt hatte dessen spezielle Dienste noch lange weiter in Anspruch genommen, nachdem der Hauptmann der Nationalen Volksarmee bereits in Verdacht geraten war. Die Stasi hatte weiter ungestört mithorchen können.

Am 6. Mai 1974 erklärte Bundeskanzler Willy Brandt seinen Rücktritt. Er blieb aber weiter politisch aktiv. So behielt er den 1964 von Erich Ollenhauer übernommenen Parteivorsitz bis 1987. Ein halbes Jahrzehnt später, am 8. Oktober 1992, starb er an den Folgen einer Krebserkrankung. Auf dem Waldfriedhof in Berlin wurde er beigesetzt.<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete später (am 10.06.2016) über Willy Brandt: >>**Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA**

... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel". Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.

Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". Schon in den 70er Jahren kursierten Gerüchte um geheime Zahlungen der USA an Brandt - er wies dies als "lügenhafte Kampagne" zurück. Nun sei laut dem Magazin belegt, daß tatsächlich Geld floß. Das gehe aus Archivunterlagen hervor.

Die US-Besatzungsmacht förderte Brandt finanziell, weil er in der SPD die Westintegration und damit die Orientierung der jungen Bundesrepublik hin zur USA befürwortete. Er gehörte damit einer Gruppe Berliner Sozialdemokraten um den Bürgermeister Ernst Reuter an. Die Westintegration, also die politische und militärische Eingliederung Deutschlands in die Allianz westeuropäischer Staaten mit den USA, wurde damals von CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer forciert. ...<<